

ANTRAG

der Fraktionen der SPD und CDU

Unterstützung der regionalen Entwicklungspolitik - Die Vorbereitung Mecklenburg-Vorpommerns auf die Reform der Strukturfonds vorantreiben

Der Landtag möge beschließen:

I. Im Jahre 2018 werden Weichen für die zukünftige Finanzausstattung der Europäischen Union mit Blick auf die Auswirkungen des Brexit und auch auf den Mehrjährigen Finanzrahmen gestellt. Von der Finanzausstattung der Europäischen Union wird abhängen, wie die Finanzinstrumente der Europäischen Regionalpolitik ausgestattet werden können. Das kann, gemeinsam mit der zukünftigen Ausrichtung der Europäischen Finanzinstrumente, direkte Auswirkungen auf die Fördermöglichkeiten im Lande haben. Vor diesem Hintergrund kommt der Konferenz der Regierungschefinnen und Regierungschefs der Länder am 15.03.2018 eine besondere Bedeutung zu. Denn in diesem Rahmen wird es darum gehen, mit einer gemeinsamen Positionierung der Bundesländer, auch gegenüber der Europäischen Union, eigene Interessen effizient zu vertreten und für eine weitere positive Entwicklung Sorge zu tragen.

II. In diesem Zusammenhang fordert der Landtag die Landesregierung auf,

1. sich auf allen Ebenen dafür einzusetzen, dass Mecklenburg-Vorpommern auch weiterhin sein Wachstums- und Innovationspotenzial durch die Fonds der Europäischen Regionalpolitik stärken und davon profitieren kann, sodass auch hier der Mehrwert der Europäischen Union weiterhin verdeutlicht wird.

Aufgrund von noch immer bestehenden erheblichen strukturellen Herausforderungen muss Mecklenburg-Vorpommern sich für eine möglichst hohe Mittelausstattung sowie für flexible Einsatzmöglichkeiten stark machen;

2. den Landtag über die Ergebnisse der Konferenz der Regierungschefinnen und Regierungschefs der Länder am 15.03.2018 zu informieren und die zuständigen Ausschüsse über die weiteren Entwicklungen auf der Bundesebene und auf der europäischen Ebene sowie über die möglichen Auswirkungen auf Mecklenburg-Vorpommern fortlaufend zu unterrichten.

Thomas Krüger und Fraktion

Vincent Kokert und Fraktion

Begründung:

Vor dem Hintergrund möglicher Mittel- oder Anteilskürzungen im neuen EU-Haushalt, des Wirksamwerdens zurückgehender Solidarpaktmittel, der Neuordnung der Finanzbeziehung zwischen Bund und Ländern sowie des bevorstehenden Brexit steht das Land in seiner Förderpolitik künftig vor großen Herausforderungen.

Das Europäische Parlament hat für das Jahr 2018 den Haushalt mit 144,7 Mrd. Euro beschlossen. Damit erfuhr der Haushalt zum Vorjahr eine Erhöhung um 14,1 Prozent. Die Zahlungsverpflichtungen belaufen sich auf 160,1 Mrd. Euro. Damit auch Mecklenburg-Vorpommern von europäischen Mitteln profitieren kann und die Mittel effizient eingesetzt werden können, ist die zukünftige Gestaltung der Fonds der Europäischen Regionalpolitik von besonderer Bedeutung für das Land. Mit der Konferenz der Regierungschefinnen und Regierungschefs der Länder 2018 in Brüssel steht in diesem Zusammenhang ein Ereignis bevor, das für das Land entsprechend genutzt werden sollte. Der Landtag sollte dementsprechend unterrichtet werden, um den zukünftigen Prozess konstruktiv begleiten und unterstützen zu können.